

Amt Stralendorf

Dorfstraße 30
19073 Stralendorf



Niederschrift öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Stralendorf

(vorbehaltlich der Genehmigung, Ergänzung bzw. Korrektur in der nächsten Sitzung)

Sitzungstermin:	Montag, 29.10.2018
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Stralendorf, Sitzungssaal - Amtsscheune, Dorfstraße 30, 19073 Stralendorf

Anwesend sind:

Amtsvorsteher

Herr Manfred Bosselmann

Amtsausschussmitglieder

Frau Gisela Buller

Herr Dr. Rainer Dahlmeier

Herr Matthias Eberhardt

Frau Marianne Facklam

Frau Anke Gräber

Herr Jens Heysel

Frau Simone Reimann

Herr Helmut Richter

Frau Janett Rieß

Herr Hartwig Schulz

Herr Volker Schulz

Herr Michael Vollmerich

Herr Heiko Weiß

Herr Christian Wöhlke

Verwaltung

Frau Grit Aglaster

Herr Holger Seiffert

Entschuldigt fehlen:

Amtsausschussmitglieder

Herr Harry Heinrich

Verwaltung

Herr Sven Borgwardt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 2 Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Tagesordnung / Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 4 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 11.06.2018
- 5 Einwohnerfragestunde gem. § 17 , Abs. 1 der KV
- 6 Anfragen der Amtsausschussmitglieder

- 7 Bericht des Amtsvorstehers
8 Aktueller Sachstand Schulbaumaßnahme
9 Neuwahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Amtsentwicklung, Bau und Verkehr
Vorlage: 2018/AMT/271
10 Lärmaktionsplan 2012 Stufe 2 Abwägungsbeschluss und Planungsbeschluss
Vorlage: 2018/AMT/264
11 Lärmaktionsplan 2018 Stufe 3 Abwägungsbeschluss und Planungsbeschluss
Vorlage: 2018/AMT/265
12 Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2017 nach § 60 Abs. 5 Satz 1
i.V.m. § 144 KV M-V
Vorlage: 2018/AMT/268
13 Beschluss über die Entlastung des Amtsvorstehers für das Haushaltsjahr 2017 nach § 60
Abs. 5 Satz 2 i.v.m. § 144 KV M-V
Vorlage: 2018/AMT/269
14 Vergabe Entgeltabrechnung
Vorlage: 2018/AMT/266

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**
Der Amtsvorsteher, Herr Bosselmann, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.
- zu 2 **Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**
Die Beschlussfähigkeit wird mit 15 von 16 anwesenden Gemeindevertretern festgestellt.
- zu 3 **Genehmigung der Tagesordnung / Änderungsanträge zur Tagesordnung**
Die von der Amtsverwaltung eingereichte Tischvorlage 2018/AMT/267 – „Anbau Amtsscheune OG – investive Maßnahme“ wird als neuer Tagesordnungspunkt 15 auf die Tagesordnung genommen.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die restlichen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechende.
- zu 4 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 11.06.2018**
Die Sitzungsniederschrift vom 11.06.2018 wird einstimmig bestätigt.
- zu 5 **Einwohnerfragestunde gem. § 17 , Abs. 1 der KV**
Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.
- zu 6 **Anfragen der Amtsausschussmitglieder**

Frau Facklam erkundigt sich, ob die Initiative zur Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Bürgermeister in irgendeiner Form behandelt werden soll. Dies wird verneint.

zu 7

Bericht des Amtsvorstehers

- I. Die letzte Amtsausschusssitzung findet am 10.12.2018 statt. Im Anschluss daran wird es ein Buffet geben.
- II. Die Ausschreibungsfrist für die zu besetzende Stelle des Leitenden Verwaltungsbeamten ist gestern abgelaufen. Insgesamt sind 14 Bewerbungen eingegangen. Bei einer ersten Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen wurde festgestellt, dass 6 Bewerber alle Voraussetzungen, sprich sowohl die Sollvoraussetzungen als auch die Pflichtvoraussetzungen erfüllt haben. 5 Bewerber erfüllen hingegen nur die Pflichtvoraussetzungen. Sofern die Termine für die Bewerbungsgespräche feststehen, werden alle Amtsausschussmitglieder hierüber informiert.
- III. Die Stellenbewertungen liegen nun vor. Insgesamt wurden 34 Stellen neu bewertet. Bei 22 Stellen wird es lt. der Bewertungen keinerlei Änderungen geben. Eine Schlechterstellung wird es aufgrund der Bewertungen aber nicht geben.
- IV. Die Baugenehmigung für die Amtsscheune liegt vor.
- V. Die Brandverhütungsschau in der Schule ist soweit gut verlaufen. Beanstandungen gab es lediglich bei einem Fenster. Dieses muss so umgebaut werden, dass es dem Rauchabzug dienen kann. Herr Reiners hat für die notwendigen Bauarbeiten bereits den Auftrag erhalten.

zu 8

Aktueller Sachstand Schulbaumaßnahme

Herr Seiffert informiert die Anwesenden zum aktuellen Sachstand.

Die vom Amtsausschuss geforderte Aufschlüsselung der Zahlen zum Neubau bzw. Sanierung mit Ergänzungsbau liegen nun vor. Demnach kostet eine Sanierung mit Ersatzbau ca. 13 Mio. Euro. Ein kompletter Neubau würde hingegen ca. 20 Mio. Euro kosten. Hierbei sollten zusätzlich 15% für Unvorhergesehenes eingeplant werden.

Auf der kommenden Amtsausschusssitzung soll nun schlussendlich entschieden werden, welche Maßnahme durchgeführt werden muss. Fördermittel wird es voraussichtlich in den kommenden zwei Jahren nicht geben. Möglich wäre eine Förderungen ab dem Jahr 2021.

Von der Schule liegt zwischenzeitlich ein Antrag auf 6 zusätzliche Räume vor. Diese werden nach Aussage der amtierenden Schulleiterin umgehend benötigt. Gleichzeitig gab es von der Schulleitung den Vorschlag, hierfür entsprechende Containerräume zu errichten. Lt. Aussage von Herrn Bosselmann würde eine solche Containerlösung ca. 1,3 bis 1,6 Mio. Euro kosten. Es gäbe in dieser Situation aber die Möglichkeit, den Mensabau vorzuziehen. Die Baukosten würden nach den vorliegenden Zahlen bei ca. 1,26 Mio. Euro liegen. Ein notwendiger Einbau von Trockenbauwänden in der Mensa würde dann nochmals zusätzliche Kosten von 60.00,- Euro erfordern.

Die Amtsausschussmitglieder bitten das Amt, die Zahlen zur nächsten Amtsausschusssitzung im Dezember rechtzeitig vorzulegen.

Herr Wöhleke bemängelt die fehlenden Informationen zum Weggang des Schulleiters. Wie ist der aktuelle Stand zur Neubesetzung der Stelle? Frau Aglaster erklärt, dass selbst das

Amt im Vorfeld keinerlei Informationen bekommen hat. Es gab lediglich Spekulationen über einen möglichen Weggang. Das Amt hat auch erst über Herrn Kreimers Abschied erfahren, als der Termin bekanntgegeben wurde. Die Stelle des Schulleiters wurde zwischenzeitlich ausgeschrieben, weitere Informationen liegen vom Schulamt aber nicht vor. Das Schulamt wird sich wieder melden, sobald ein passender Kandidat gefunden ist.

zu 9 **Neuwahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Amtsentwicklung, Bau und Verkehr**
Vorlage: 2018/AMT/271

Diese Beschlussvorlage wird zunächst zurückgestellt. Die Bürgermeister sollen in ihren Gemeinden nachfragen, wer Interesse an der Mitarbeit im Ausschuss hat.

zu 10 **Lärmaktionsplan 2012 Stufe 2 Abwägungsbeschluss und Planungsbeschluss**
Vorlage: 2018/AMT/264

Sach- und Rechtslage:

Der Amtsausschuss hat am 11.06.2018 den Beschluss zum Entwurf des Lärmaktionsplan 2012 Stufe 2 gefasst. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange erfolgte in der Zeit vom 27.06. bis 11.07.2018. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden ausgewertet. Die Auswertung ist als Anlage beigefügt. Die eingegangenen Hinweis und Anregungen wurden in den Lärmaktionsplan eingearbeitet.

Das Verfahren wurde entsprechend EG-Umgebungslärmrichtlinie 2002/29/EG i.V.m. §47 d BImSchG durchgeführt. Nach dem Abwägungs- und Planungsbeschluss soll der Lärmaktionsplan 2012 Stufe 2 in Kraft gesetzt werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Amtsausschuss hat die vorgebrachten Anregungen und Hinweise geprüft und beschließt die Abwägung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entsprechend der Anlage. Die Hinweise und Anregungen sind in den Lärmaktionsplan eingearbeitet worden.
2. Der Amtsausschuss beschließt den Lärmaktionsplan 2012 Stufe 2.
3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan eingesehen werden kann und wo über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Bemerkungen

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V waren keine Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	16
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	15
Davon stimmberechtigt:	15
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Stimmenenthaltungen:	-
Ungültige Stimmen:	-

zu 11

Lärmaktionsplan 2018 Stufe 3 Abwägungsbeschluss und Planungsbeschluss
Vorlage: 2018/AMT/265

Sach- und Rechtslage:

Der Amtsausschuss hat am 11.06.2018 den Beschluss zum Entwurf des Lärmaktionsplan 2018 Stufe 3 gefasst. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange erfolgte in der Zeit vom 27.06. bis 11.07.2018. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden ausgewertet. Die Auswertung ist als Anlage beigefügt. Die eingegangenen Hinweis und Anregungen wurden in den Lärmaktionsplan eingearbeitet.

Das Verfahren wurde entsprechend EG-Umgebungslärmrichtlinie 2002/29/EG i.V.m. §47 d BImSchG durchgeführt. Nach dem Abwägungs- und Planungsbeschluss soll der Lärmaktionsplan 2018 Stufe 3 in Kraft gesetzt werden.

Beschlussvorschlag:

4. Der Amtsausschuss hat die vorgebrachten Anregungen und Hinweise geprüft und beschließt die Abwägung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entsprechend der Anlage. Die Hinweise und Anregungen sind in den Lärmaktionsplan eingearbeitet worden.
5. Der Amtsausschuss beschließt den Lärmaktionsplan 2018 Stufe 3.
6. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan eingesehen werden kann und wo über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Bemerkungen

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V waren keine Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	16
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	15
Davon stimmberechtigt:	15
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Stimmenenthaltungen:	-
Ungültige Stimmen:	-

zu 12

Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2017 nach § 60 Abs. 5 Satz 1
i.V.m. § 144 KV M-V

Vorlage: 2018/AMT/268

Herr Bosselmann übergibt ab diesem Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung an seinen Stellvertreter Herrn Richter.

Frau Facklam, als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, informiert die Anwesenden zum vorliegenden Jahresabschluss und beantwortet die Fragen der Anwesenden.

Sach- und Rechtslage:

Der Rechnungsprüfungsausschuss und Herr Necke von NKHR-Beratung als beauftragter Sachverständiger Dritter haben den Jahresabschluss des Amtes Stralendorf zum 31.12.2017 i.d.F. vom 13.08.2017 gemäß § 3a Kommunalprüfgesetz geprüft. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat das Ergebnis in seinem Prüfbericht und seinem

abschließenden Prüfungsvermerk zusammengefasst und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfbericht, Prüfungsvermerk sowie der Bestätigungsvermerk sind der Vorlage beigelegt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses hat zu keinen Beanstandungen geführt, die so wesentlich wären, dass sie der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Amtsausschuss entgegenstehen könnten.

Bilanzsumme	18.163.754,40 E
Jahresergebnis vor u. nach Veränderung der Rücklagen	-224.485,21 E
Ergebnisvortrag inkl. Jahresergebnis 2017	662.317,27 E
Liquiditätsbestand ohne Mitgliedsgemeinden	1.208.895,68 E

Der Haushaltsausgleich ist insgesamt gegeben.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 17.10.2018 beschlossen, dem Amtsausschuss die Feststellung des Jahresabschlusses des Amtes Stralendorf zum 31.12.2017 i.d.F. 13.08.2018 zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss des Amtes Stralendorf stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss und NKHR-Beratung geprüften Jahresabschluss des Amtes Stralendorf zum 31.12.2017 i.d.F. vom 13.08.2018 mit den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen fest.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Bemerkungen:

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V waren folgende Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen: **Herr Manfred Bosselmann**

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder: 16
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: 15
Davon stimmberechtigt: 14
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: -
Stimmenenthaltungen: -
Ungültige Stimmen: -

zu 13

**Beschluss über die Entlastung des Amtsvorstehers für das Haushaltsjahr 2017 nach § 60 Abs. 5 Satz 2 i.v.m. § 144 KV M-V
Vorlage: 2018/AMT/269**

Sach- und Rechtslage:

Der Rechnungsprüfungsausschuss und Herr Necke von NKHR-Beratung als beauftragter Sachverständiger Dritter haben den Jahresabschluss des Amtes Stralendorf zum 31.12.2017 i.d.F. vom 13.08.2018 gemäß § 3a Kommunalprüfgesetz geprüft. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat das Ergebnis in seinem Prüfbericht und seinem abschließenden Prüfungsvermerk zusammengefasst und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt (s. Anlagen 2018/AMT/268).

Die Prüfung des Jahresabschlusses hat zu keinen Beanstandungen geführt, die so wesentlich wären, dass sie der Entlastung des Amtsvorstehers durch den Amtsausschuss entgegenstehen könnten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 17.10.2018 beschlossen, dem Amtsausschuss die Entlastung des Amtsvorstehers für das Haushaltsjahr 2017 zu empfehlen.

Der Amtsvorsteher unterliegt dem Mitwirkungsverbot nach § 24 KV M-V.

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss des Amtes Stralendorf entlastet den Amtsvorsteher für das Haushaltjahr 2017.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Bemerkungen:

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V waren folgende Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen: **Herr Manfred Bosselmann**

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	16
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	15
Davon stimmberechtigt:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	-
Stimmenenthaltungen:	-
Ungültige Stimmen:	-

zu 14

Vergabe Entgeltabrechnung

Vorlage: 2018/AMT/266

Herr Bosselmann übernimmt ab diesem Tagesordnungspunkt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Dr. Dahlmeier beantragt, den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern. Dem Antrag wird zugestimmt.

Sach- und Rechtslage:

Die Abrechnung der Entgelte wird zum 01.01.2019 an den Landkreis Ludwigslust-Parchim übergeben. Es wird beabsichtigt, die Leistungen aus dem bestehenden Vertrag zu erweitern. Das bedeutet, dass alle Eingaben auf Basis unserer Meldungen direkt beim Landkreis eingegeben werden.

Die Überweisungen der Entgelte, der Lohnsteuern, der Sozialversicherungsbeiträge und der Beiträge zur Zusatzversorgung werden vom Landkreis durchgeführt. Zur Einhaltung der Fälligkeitstermine gab es in der Vergangenheit Probleme, weil unterschreibungsberechtigte Mitarbeiter durch Arbeitsunfähigkeit ausgefallen sind und andere Mitarbeiter dann aus dem Urlaub geholt werden müssen.

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss beschließt die Übertragung der Entgeltabrechnung an den Landkreis Ludwigslust-Parchim zum 01.01.2019.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten je Abrechnungsfall betragen 13.00 € im Monat
Das sind im Monat bei durchschnittlich 84 Abrechnungen 1.092,00 €.
Jährlich sind das ca. 13.100,00 €.
Dieser Betrag wird im Haushalt 2019 eingeplant.

Bemerkungen

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V waren keine Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	16
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	15
Davon stimmberechtigt:	15
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Stimmenenthaltungen:	-
Ungültige Stimmen:	-

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender

Schriftführer